

Politik gegen die Angst

Bundesminister Alois Stöger im Interview mit „ZeitZeichen“

Vom Facharbeiter bei der Voest Alpine zum Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: der Weg des Alois Stöger hat über viele Stationen geführt. Er war: Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, Sekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie im Bezirk Gmunden, Bezirkssekretär der Gewerkschaft Metall-Textil in Linz, Obmann der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse, Gemeinderat in Gallneukirchen, Kammerrat der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, schließlich Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend, Bundesminister für Gesundheit, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie. In seiner derzeitigen Funktion als Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat er auch den Wechsel von Bundeskanzler Werner Faymann zu Bundeskanzler Christian Kern „überlebt“. Ein Streifzug mit Alois Stöger durch Themen aus Arbeitswelt und Gesellschaft.



Foto: Weihbc

■ Sie haben vor Wochen, kurz vor dem Rücktritt von Bundeskanzler Werner Faymann, aufhorchen lassen mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, genauer der Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Was ist daraus geworden?

■ In Österreich haben wir derzeit die höchste Zahl an Arbeitsplätzen, die es je gab in der Geschichte des Landes, und trotzdem steigt die Arbeitslosigkeit. Manche haben so viel Arbeit, dass sie keine Luft mehr bekommen, andere leiden darunter, arbeitslos zu sein. Das ist eine Verteilungsfrage. Die Arbeitszeitverkürzung ist ein Instrument, wie man die vorhandene Arbeit auf alle aufteilen kann.

■ Wäre für Sie im Rahmen solcher Verteilungsdebatten auch das bedingungslose Grundeinkommen als ergänzende Maßnahme ein Thema?

■ Ganz klar: nein. Grundeinkommen ist eine Maßnahme, die nicht funktionieren kann. Ich beschäftige mich seit dreißig Jahren mit dieser Frage, und immer geht es darum: welche politische Kraft führt ein Grundeinkommen in welcher Höhe ein? Ich sehe die Gefahr, dass ein Grundeinkommen zu einem Almosen für die Schwächsten in der Gesellschaft werden könnte. Die ganz spannende Frage ist: wie werden Verteilungskämpfe innerhalb ei-

ner Gesellschaft ausgetragen? Diese Frage kann man mit einem Grundeinkommen nicht beantworten.

■ Einige Ansätze zu einer gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit sind verbunden mit dem Ziel, Erwerbsarbeit und soziale Sicherung zu entkoppeln. Das steht auch im Hintergrund des KAB-Modells von der Tätigkeitsgesellschaft.

■ Wir haben einerseits kollektive Produktionsverhältnisse, Arbeitsteiligkeit, andererseits eine Individualisierung von Einkommen. Dieses Verhältnis müsste man ganz grundsätzlich angehen. Man muss die Verteilung der Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft in Frage stellen. Das passiert mit dem Grundeinkommen leider gar nicht.

■ Bundeskanzler Kern hat kürzlich zum Thema „Zugang von AsylwerberInnen zum Arbeitsmarkt“ das deutsche Modell als „interessant“ bezeichnet, das einen Arbeitsmarktzugang von AsylwerberInnen bereits drei Monate nach Stellung des Asylantrags vorsieht. Wie stehen Sie dazu?

■ Dass die Menschen, die zu uns kommen, Deutsch lernen, ist für mich der erste und wichtigste Punkt. Das soll am ersten Tag beginnen, wenn sie zu uns kommen. Der zweite Schritt und eine wichtige Integrationsmaße ist der Zugang zu Arbeit.

Das wird real dann funktionieren, wenn man Sprachkenntnisse bereits erworben hat. Die Zeitfrage ist da nicht so wichtig.

■ Sie würden sich also nicht auf einen Zeitpunkt festlegen wollen? Aus der Integrationsforschung kommt das Argument, dass im Arbeitsprozess der Spracherwerb mitvollzogen wird. Das muss aus dieser Sicht kein Nacheinander sein...

■ ... da muss man ein bisschen vorsichtig sein und fragen: wer hat die Integrationsleistung hinsichtlich der Sprache zu erbringen? Es kann nicht sein, dass wir an den Arbeitsplätzen diese Integrationsleistung erbringen. Es braucht vorab die Chance, erste Grundlagen der Sprache erwerben zu können. Und ob das jetzt drei, sechs oder neun Monate sind, ist nicht so entscheidend. Sprachkenntnisse erleichtern den Zugang zum Arbeitsmarkt, und es sollen ja auch Arbeitsmarktpositionen erreicht werden, von denen man leben kann.

■ Nun ein Sprung nach Frankreich, zu den Protesten gegen das geplante neue Arbeitsmarktgesetz. Da geht es u.a. um den Kampf gegen Prekarisierung und Atyypisierung, Themen, die auch in Österreich da sind, siehe etwa die diversen Plattformen bei der Gewerkschaft der Privatgestellten djp, wo sich Menschen aus unterschiedlichen Branchen sammeln. Ist

das, was sich in Frankreich abspielt, auch ein Warnsignal an uns?

■ Die Frage Prekarisierung ist immer ein Warnsignal, aber Frankreich ist etwas anderes. Generell: die Prekarisierung von Arbeit ist ein Riesenproblem, besonders bei jungen Menschen, die keine Perspektive haben, keine planbare Arbeitssituation vorfinden, gerade in einer Phase, in der sie Wohnung suchen wollen. Da ist der Arbeitsmarkt sehr unsicher, sie haben Teilzeitarbeitsverhältnisse, prekäre Arbeitsverhältnisse – also da ist sicher großer Handlungsbedarf, ist die Frage dringend: wie wollen wir sichern, dass unsere Jungen auch Zugang zur Arbeit haben. Frankreich ist was anderes. Soweit ich informiert bin, gilt in Frankreich ein Arbeits- und Kündigungsrecht, das diejenigen, die in Arbeit stehen, quasi immunisiert gegen Kündigung und damit anderen verwehrt, in Arbeitsverhältnisse hineinzukommen. Ich halte es für durchaus legitim, darüber nachzudenken, wie Bewegung in diese Verhältnisse kommen kann.



Liebe Leserin, lieber Leser,

„Brücken bauen“: Der Titel dieses Heftes ist „Gebot der Stunde“ in vielerlei Hinsicht. Philipp Kuhlmann ruft es in Erinnerung, was aktuelle Debatten in der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung angeht (S. 5), Fritz Krull warnt vor der bewussten Polarisierung der Gesellschaft durch populistische Kräfte: „Wäre es nicht zielführender, die Gründe zu nennen, die verhindern, wie ein würdevolles Leben in Gerechtigkeit und Frieden für alle im Land Lebenden – egal mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft – ermöglicht wird?... Wege aus einer Krise wurden noch nie durch große Sprüche, Beschimpfungen und Beleidigungen gefunden, sondern ausschließlich durch bodenständiges Erforschen der Wurzeln von Übeln, so unangenehm es für die eigentlichen Verursacher dieser Krisen auch war oder sein wird.“

Die Verteilungsfrage im Hintergrund krisenhafter Erscheinungen der Gegenwart stellt sich unter anderem den französischen ArbeitnehmerInnen, die seit Wochen gegen den Abbau von Rechten und Mitgestaltungsmöglichkeiten durch ein neues Arbeitsgesetz kämpfen. Österreichische

Wer sich mit den Grundlagen neoliberaler Politik einmal beschäftigt hat, wird drauf kommen, dass das, was diese Politik will, das Ende einer solidarischen Gesellschaft ist. Und das Ende einer solidarischen Gesellschaft führt zu Verunsicherung, führt zu Angst. Und Angst führt zu reaktionären Handlungen.

■ Zur Mindestsicherung: Oberösterreich ist da seinen eigenen Weg gegangen, am 16. Juni soll der Landtag die geplante Kürzung der Mindestsicherung für AsylwerberInnen und subsidiär Schutzberechtigte endgültig absegnen. Wie bewerten Sie dieses Vorgehen?

■ Erstens: Mindestsicherung ist Mindestsicherung. Die Frage der Mindestsicherung stellt sich unabhängig davon, wo jemand geboren ist, sie ist allein abhängig von der Frage: Was brauchen Menschen, die in Österreich leben? Zweitens: die bedarfsorientierte Mindestsicherung hat eine wichtige Funktion – sie hat zur Besserung der sozialen Lage in Österreich beigetragen. Wir haben uns im Jahr 2008 das Ziel gesetzt, in Europa die Armut zu verringern, konkret um 20 Millionen Betroffene europaweit. Österreich hat sein Ziel u.a. durch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung erreicht: Wir haben die Zahl der Armutsbetroffenen um den entsprechenden Anteil reduzieren können. Die Politik der Europäischen Union hat genau das Gegenteil bewirkt, es ist ein gegenläufiger Trend eingetreten. Jetzt gibt es eine symbolische Diskussion in Oberösterreich, eine Politik von Schwarz-Blau – und ich sag das ganz bewusst „Schwarz-Blau“, das muss man so benennen, es geht da um Pühringer, Haimbuchner und ihre Schergen – eine Politik, die

Editorial

GewerkschafterInnen haben jetzt ihre Solidarität bekundet und warnen vor europaweiten Tendenzen, Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenrechte einzuschränken (S. 8/9).

Was es braucht, ist eine „Politik gegen die Angst“, die die Verteilungsfrage aufgreift, neoliberale Mechanismen benennt und ihnen entgegentritt, erklärt Bundesminister Alois Stöger im Gespräch mit ZeitZeichen (S. 2-4). Das wäre hilfreich für den (Wieder-)Aufbau der so notwendigen Solidarität in der Gesellschaft. Denn ein Brückenbau verlangt die Sondierung des Grundes, auf dem die Pfeiler stehen sollen, die klare Analyse der Gegebenheiten und die entsprechenden Schlüsse daraus.

Instrumentarium dafür liefert unter anderem die Katholische Soziallehre, die in ihrem 125. Jahr aktueller und bedeutsamer nicht sein kann – Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung, ÖGB und Katholische Sozialakademie haben das mit einem Festakt am zweiten Juni in Erinnerung gerufen (S. 10 – 14).

Chefredakteurin Elisabeth Ohnemus

die Armen gegen die Ärmsten stellt, eine Neiddebatte schlechtesten Qualität.

■ Immer wieder ist zu hören, die Mindestsicherung sei generell zu hoch, halte Menschen davon ab, arbeiten zu gehen. Wäre im Zusammenhang damit nicht an der Lohnpolitik anzusetzen? Tatsächlich liegen viele Menschen mit ihrem Einkommen unterhalb der Mindestsicherung.

■ Wenn man sich die österreichische Tarifpolitik ansieht, dann ist es so, dass die Einkommen – bei Normalbeschäftigung – deutlich über der Mindestsicherung liegen. Wir haben im Regelfall Mindestlöhne, die brutto bei 1300 Euro, 1400 Euro liegen, und dort, wo es Kollektivverträge gibt, gibt es auch eine Lohnentwicklung. Wir sind jetzt mit der Steuerreform diesen Personengruppen wieder entgegengekommen, haben steuerlich umverteilt. Das hauptsächliche Problem ist, dass durch Teilzeitfällen und prekäre Beschäftigungen Menschen tatsächlich ein Einkommen haben, das nicht ausreicht und Mindestsicherung notwendig macht. Zwei Drittel derer, die die Mindestsicherung beziehen, beziehen diese Mindestsicherung zusätzlich zu einem Erwerbseinkommen. Das zeigt, dass EmpfängerInnen von Mindestsicherung, auch arbeiten, arbeiten wollen, aber nicht immer die Arbeit bekommen, die sie brauchen. Natürlich ist es immer auch wichtig, eine vernünftige Lohnbewegung und Lohnentwicklung zu haben.

■ Der soziale Zusammenhalt war ein Schlüsselbegriff bei den Präsidentschaftswahlen – was sehen Sie als Hauptgrund dafür, dass es bröckelt, bricht bei diesem

Die Prekariisierung von Arbeit ist ein Riesensproblem, besonders bei jungen Menschen.

sozialen Zusammenhalt? Gibt es so viele „VerliererInnen“ in der Gesellschaft, dass das den Wahlerfolg von Norbert Hofer erklären könnte?

■ Wir haben in Europa seit 30, 40 Jahren eine Politik der Auflösung von Sicherheiten. Neoliberale Politik geht immer in die Richtung, Sicherheiten von Menschen aufzulösen. Und Menschen, deren Sicher-

heiten man zerstört, spüren das. Die können es nicht formulieren, sie spüren aber, dass sie unter Druck stehen. Sie sind irritiert und geben den Rechten nach, glauben, mit einfachen Antworten Lösungen für komplexe Probleme haben zu können. Das ist falsch. Im Laufe der Geschichte hat sich gezeigt, dass es immer zu Lasten der Menschen geht, die das glauben – die sind dann in den Krieg geschickt worden

Die Frage der Mindestsicherung stellt sich unabhängig davon, wo jemand geboren ist, sie ist allein abhängig von der Frage: Was brauchen Menschen, die in Österreich leben?

und waren nicht die Sieger. Es geht darum, der Auflösung dieser Sicherheiten ein Ende zu setzen. Das braucht eine andere Politik in Europa, das braucht eine andere Politik z.B. hinsichtlich Investitionen. Wir müssen verstärkt in Investitionen gehen, auch neoliberale Politik benennen. Es wissen viele schon nicht mehr, dass sie neoliberale Politik machen. Das ist Ideologie, die sich in breite Ebenen der Wirtschaftspolitik eingegraben hat, die sachlich überhaupt keine Basis hat. In der Geschichte Europas war es immer die Sozialdemokratie, die begonnen hat, den Menschen Sicherheit zu geben. Und Sicherheit ist immer kollektive Sicherheit. Es ist die Sicherheit gegen Armut im Alter – wir haben ein Pensionssystem geschaffen, das sich über 60 Jahre hinweg bewiesen hat. Wir haben Menschen mit einer Krankenversicherung abgesichert, damit sie nicht Angst vor Armut durch Krankheit haben müssen, wir haben Maßnahmen gesetzt, um Angst vor Einkommenslosigkeit zu reduzieren, indem wir eine Arbeitslosenversicherung und eine Mindestsicherung eingeführt haben. Allein diese kollektiven Systeme können den Menschen Sicherheit geben und eine solidarische Gesellschaft sichern. Wer sich mit den Grundlagen neoliberaler Politik einmal beschäftigt hat, wird drauf kommen, dass das, was diese Politik will, das Ende einer solidarischen Gesellschaft ist. Und das Ende einer solidarischen Gesellschaft führt zu Verunsicherung, führt zu Angst. Und Angst führt zu reaktionären Handlungen. Und manche haben ein Interesse, diese

Angst zu schüren, das hat man im Wahlkampf sehr gut gesehen.

■ Eine neue Studie des Wifo besagt, dass die Einkommen in Österreich trotz Sozialstaats auseinanderdriften, dass die wohlfahrtsstaatliche Maschinerie immer weniger die wachsende Ungleichheit kompensiert. Studienautor Alois Guger schlägt vor, die Haushalte nach ihrer



Foto: Zinner

„Leistungsfähigkeit“ zu besteuern: Entlastung der Löhne, besonders von den Sozialbeiträgen, dafür höhere Steuern auf Vermögen und dessen Erträge... Vermögenssteuern: Wird die Sozialdemokratie das jetzt wirklich einmal angehen?

■ Zunächst stellt sich die Frage nach dem Vermögenszuwachs. Da gibt es eine ganz klare Position der Sozialdemokratie: wir sagen, dieser Vermögenszuwachs muss besteuert werden, und wenn man die letzten sieben Jahre ansieht, in denen die Sozialdemokratie in dieser Bundesregierung mitgewirkt hat, haben wir diesbezüglich trotz heftigen Widerstands massive Veränderungen umgesetzt. Sehen wir uns nur die letzte Steuerreform an, nur die Steuerreform: ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir es schaffen, den Höchststeuersatz zu erhöhen. Wir haben es geschafft. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir mit einer Umverteilung bei der Bankenabgabe mehr als fünf Milliarden einnehmen während der letzten Jahre.

■ Zurück zu klassischen Vermögenssteuern: Wird sich die Sozialdemokratie nachhaltig dafür stark machen? Darf man gar darauf hoffen, dass sie eine Einführung durchsetzt?

■ Wenn die SPÖ 51 Prozent der Stimmen bekommt – ja...

Interview: Elisabeth Ohnemus